

Duisburg, 25.06.2018

Einladung

Lange hat die EU den Staaten Südosteuropas – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Doch seit einiger Zeit steht die Erweiterungspolitik der EU wieder voll im Fokus. Im Februar dieses Jahres hat sich die EU eine neue Strategie für eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive und für ein verstärktes Engagement gegenüber den Staaten des westlichen Balkans gegeben. Für Montenegro und Serbien gilt ein EU-Beitritt bereits im Jahr 2025 als möglich. Doch Vorsicht ist geboten: Die soziale Ungleichheit in den Gesellschaften Südosteuropas ist stark ausgeprägt, was die Länder anfällig macht für Populismus, Nationalismus und andere antieuropäische Strömungen. Vor diesem Hintergrund wird die Veranstaltung den Fragen nachgehen, wo die Westbalkanstaaten auf ihrem Weg in die EU derzeit stehen, wie eine wirksame Neuausrichtung der europäischen Politik gegenüber den Westbalkanstaaten aussehen sollte und was der spürbar zunehmende Einfluss anderer Akteure wie Russland, der Türkei oder islamischer Staaten für die europäische Zukunft der Region bedeutet.

Vor diesem Hintergrund lädt der EUROPE DIRECT EU-Bürgerservice der Stadt Duisburg gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen/ Südosteuropa-Gesellschaft und der Volkshochschule Duisburg zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel ein:

„Der Westbalkan: Raus aus dem Wartezimmer, rein in die EU?“

Die Veranstaltung findet statt am

Mittwoch, 11.07.2018, Veranstaltungsbeginn 16:00 Uhr

Volkshochschule Duisburg

Steinsche Gasse 26, 47051 Duisburg

Nach dem Gastvortrag von Dr. Dušan Reljic von der Stiftung Wissenschaft und Politik besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Durch die Veranstaltung führen wird Herr Dr. Oliver Schwarz der Universität Duisburg-Essen / Südosteuropa-Gesellschaft.

Es handelt sich um eine öffentliche, kostenlose Veranstaltung. Wir hoffen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Burkhard Beyersdorff
Leiter der Stabsstelle für Wahlen,
Europaangelegenheiten und
Informationslogistik



Die Veranstaltung wird finanziell unterstützt von der Europäischen Kommission